Jörg dem Ausspruch: „Man dürfe Deutschland getrost seiner eigenen Gesinnung und seinen Leidenschaften überlassen, die es schon wieder auseinandertreiben würden". Angesichts der Thatsache, daß der Einiger Deutschlands bei seinen Bemühungen um die äußere und innere Sicherstellung des Vaterlandes beständig mit der Verbindung seiner Feinde und der Feinde der nationalen Einheit zu kämpfen hat, gewinnt jenes Wort eine immer ernstere Bedeutung.

Inmitten des Parteigetriebes, das sich vom Unverstand des großen Haufens nährt, hebt sich die mächtige Gestalt des eisernen Kanzlers empor, nichtachtend des Undanks seiner Zeitgenossen, immer nur das eine Ziel vor Augen: Wie er sein Land zur Größe führen und die Gefahren, die ihm drohen, abwenden kann.

So stand er inmitten seiner Feinde von Beginn seiner Laufbahn an; so hat er seine Erfolge erkämpft im fortwährenden Streite mit seiner Nation, und so steht er heute noch, ein Held, auf seinem Posten, den Blick unverwandt auf sein großes Ziel gerichtet.

Mehr als von irgend einem Staatsmanne gilt von ihm das Wort, welches Mommsen in seiner römischen Geschichte geschrieben: „Jeder echte Staatsmann dient dem Volke nicht um Lohn, auch nicht um den Lohn seiner Liebe, sondern giebt die Gunst der Zeitgenossen hin für den Segen der Zukunft und vor Allem für die Erlaubniß, seine Nation retten und verjüngen zu dürfen".

* Für das Socialistengesetz tritt Eduard von Hartmann in einem Artikel der „Gegenwart" ein, welcher wie folgt lautet:

Aus der Thatsache, daß die socialdemokratische Bewegung sich auf gleicher Höhe gehalten habe, und aus den Erklärungen der socialdemokratischen Abgeordneten, daß sie dem Gesetz ein Schnippchen schlagen, glaube man schließen zu können, daß das Socialistengesetz keine Wirkung gehabt habe. Ich möchte auf den Trugschluß aufmerksam machen, der darin liegt, wenn man einerseits die absichtsvollen Prahlereien der Parteiführer für baare Münze nimmt, und zweitens den gegenwärtigen Stand der Bewegung mit demjenigen vor Erlaß des Socialistengesetzes vergleicht, anstatt ihn mit demjenigen zu vergleichen, wie er gegenwärtig sein würde, wenn jenes Gesetz unterblieben wäre. Nach meiner subjectiven Ansicht würde die Bewegung mit wachsender Progression zugenommen haben; jedenfalls liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß sie in derselben Progression fortgeschritten sein würde wie in dem gleichen Zeitraum vor Erlaß des Gesetzes, so daß wir jetzt nicht 13, sondern vielleicht 30 socialdemokratische Abgeordnete haben würden. Ich glaube ferner, daß nach Aufhebung des Gesetzes die Zunahme der zurückgedämmten Bewegung um so rapider sein wird, und daß wenige Jahre nach derselben die socialdemokratische Fraction im Reichstage eine Macht darstellen wird, mit der sowohl die Regierung wie die übrigen Parteien rechnen müssen, da bei der Eigenthümlichkeit unserer Fractionsverhältnisse auch eine kleinere Fraction unter Umständen ausschlaggebend werden kann.

Ich halte es für eine zweite, nicht minder wichtige Wirkung des Socialistengesetzes, daß sie einer gemäßigten Richtung innerhalb der Socialdemokratie ihren Kampf mit den Extremen erleichtert, indem Allen klar gemacht wird, daß Regierung und Volk darin einig sind, verfassungswidrige Extreme nicht zu dulden und nur einer mit gesetzlichen Mitteln arbeitenden Partei die Eingliederung in das Staatsleben zu gestatten. Auf diese Weise ist die Perhorrescirung der Herrschaft des Ausnahmezustandes zu einer Erziehungszeit für die deutsche Socialdemokratie geworden und zu einer Vorbildungszeit für eine staatlich zulässige socialdemokratische Partei der Zukunft, mit der jeder Politiker heute als mit einer unabwendbaren Thatsache rechnen muß. Dieser Umwandlungsproceß ist aber erst auf halbem Wege angelangt und würde bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmegesetzes geradezu rückgängig gemacht werden.

Wenn die Regierung bemüht ist, die socialen Organisationsgesetze noch während der Dauer des Socialistengesetzes unter Dach und Fach zu bringen, so heißt das mit anderen Worten: sie wünscht dieses Gebiet nach ihrem eigenen Ermessen und nach demjenigen der jetzigen Parteien zu ordnen, bevor die socialdemokratische Partei einen parlamentarischen Einfluß gewinnt, dem auch die Regierung sich unmöglich ganz entziehen könnte, und der am nachdrücklichsten bei solchen socialen Gesetzen sich geltend machen würde. Sollte es nicht im rechtverstandenen Interesse, insbesondere der liberalen Parteien liegen, die Regierung in diesem Bestreben zu unterstützen, einerseits durch Verlängerung des Ausnahmegesetzes, andererseits durch Handanlegen bei der Fertigstellung der Socialreform?

Zu meinen Augen wäre es eher ein Vortheil als ein Nachtheil für die Socialreform, wenn die socialdemokratische Partei mehr positiven Einfluß auf deren Redaction gewänne, vorausgesetzt freilich, daß die Erziehung derselben zur Eingliederung in das normale Staatsleben vollendet wäre, woran jetzt noch viel fehlt. Mir scheint deshalb die Vollendung dieser Erziehung durch das Ausnahmegesetz wichtiger als die schleunige Fertigstellung des Reformwerkes. Wer aber in der Prämisse meine Ansicht nicht theilt, wird auch in der Schlußfolgerung von ihr abweichen müssen. Die größte Gefahr würde ich darin sehen, wenn nach Ablehnung der Verlängerung des Ausnahmegesetzes sowohl durch den jetzigen als durch den neu zu erwählenden Reichstag die socialdemokratische Partei in ihrem jetzigen unreifen Zustande so viel Macht gewänne, daß sie die Regierung zwingen könnte, zur Vollendung des Reformwerkes auf ihre Wünsche Rücksicht zu nehmen, und es scheint mir, daß alle Parteien, namentlich aber die liberale, darin einig sein müßten, dieser Gefahr vorzubeugen.

Im Uebrigen möchte ich noch auf einen anderen Gesichtspunct aufmerksam machen, der aus Opportunitätsgründen — und um andere kann es sich ja bei politischen Ausnahmegesetzen überhaupt nicht handeln — für die Verlängerung spricht. Es ist dies der Umstand, daß das unbehinderte Wirken von drei verschiedenen Oppositionsparteien mehr ist, als ein Staat, namentlich ein so unfertiger wie das deutsche Reich, vertragen kann, ohne daß der Mechanismus des Staatslebens aus den Fugen geht. Das Centrum, die freisinnige Partei und die Socialdemokratie gehen von ganz verschiedenen Gesichtspuncten aus und wirken mit ganz verschiedenen Mitteln, sind also nichts weniger als Nuancen einer und derselben Opposition; aber alle drei wirken als principielle Opposition gegen das bestehende Regierungssystem und agitiren gegen dasselbe mit Erfolg im katholischen Landvolk, in dem gebildeten Bürgerthum und in der industriellen Arbeiterbevölkerung. So lange nicht die Kirche sich den Staatsgesetzen gefügt oder doch einen friedlichen modus vivendi gefunden hat, so lange nicht der principielle Gegensatz zwischen Regierung und Liberalismus sich durch gegenseitige Anerkennung der Unumgänglichkeit von Compromissen zu einem relativen gemildert hat, wird das deutsche Staatswesen kaum den offenen legalen Streit mit der Socialdemokratie aufnehmen können, welche rücksichtsloser als jede andere Opposition in ihren Kampfesmitteln ist, welche unter allen an die stärksten und gefährlichsten Leidenschaften der Massen appellirt, und welche im Unterschied von den beiden anderen Oppositionsparteien dem Hohenzollernstaat seine einzige bis jetzt unbedingt zuverlässige Stütze, das Heer, zu untergraben droht.

Täuschen wir uns nicht darüber, daß die deutsche Einheit zunächst ebenso auf dem deutschen Schwerte ruht, wie sie durch dieses errungen wurde; eine Agitation, deren ungehinderter Fortgang die Zuverlässigkeit des Heeres bei äußeren und inneren Krisen auf das Ernstlichste in Frage stellen würde, darf man sich nicht wundern von den Hohenzollern ernster aufgefaßt zu sehen, als der bürgerliche Horizont der unmittelbaren Wichtigkeit des Gegenstandes gemäß findet.

* Die drei berufenen Agitatoren der „deutschen freisinnigen Partei" machen nach den Berichten fortschrittlicher Blätter gute Geschäfte, sie lassen es sich aber auch angelegen sein, ihre Zuhörerschaft rücksichtsvoll zu behandeln und sind beflissen, Schärfen und Schroffheiten zu vermeiden, welche Diesem oder Jenem vor den Kopf stoßen könnten. So thaten sie in einer am 31. März in Kaiserslautern in der Rheinpfalz abgehaltenen Versammlung. In dieser Versammlung waren 500—600 Personen, worunter zahlreiche Anhänger anderer politischer Richtungen — nicht wie die fortschrittliche Presse ausposaunt 1000—1200 Gesinnungsgenossen — erschienen. Zunächst trat Dr. Hänel auf und hielt eine sehr friedfertige Rede. Er führte nach einem Berichte der „Kölnischen Zeitung" u. A. folgendes aus:

„Auch daß die Fusion sich gegen die National-Liberalen richte, sei unwahr, er (Redner) würde einer solchen Verbindung, die von Anfang an gegen eine mächtige liberale Partei (Ei, ei! Wir sind doch sonst gewöhnt, täglich von jener Seite zu hören, daß wir ganz sich ohnmächtig seien, auch gar nicht mehr als Liberale mitzählten? Anm. der Red.) die Kriegsbereitschaft organisirte, niemals beigetreten sein! Redner berührt hierauf die stark conservative Strömung des süddeutschen National-Liberalismus und nimmt die Angriffe auf das Budgetrecht des Reichstags als mit der Verfassung unvereinbar zurück. Der Ruf: Fort mit Bismarck, den man als Grundsatz der Partei nachsage, sei nie ihrerseits hochgehalten worden. Im Gegentheil haben alle Parteien gewaltige Gründe, die eminenten Verdienste des Kanzlers anzuerkennen. Man unterschätze nur zu oft gerade das Friedenswerk des Kanzlers. Mit der inneren Politik desselben aber könne man nicht immer einverstanden sein, sie verfahre sprungweise und sei inconsequent, und höher als die Person müsse bei aller Verehrung die Sache stehen".

Nach Hänel sprach Rickert und nach diesem Herr Eugen Richter. Offenbar hatte Hänel's Rede nicht seinen Beifall; er hielt es wohl für nöthig, den etwaigen Eindruck derselben abzuschwächen, indem er ausführte:

Als es hieß, die Fortschrittler nähern sich der Pfalz, sei ein Schrecken in die Nationalliberalen gefahren und sie lockirten schleunigst ihre Programme auf. Zu diesem Zwecke hätten auch neuerdings in Frankfurt und Heidelberg die Versammlungen stattgefunden. Dort sei es hergegangen, wie auf dem polnischen Reichstag. Wenns dann Essenszeit wäre, habe man ein gemeinschaftliches Programm endlich in der gemeinsamen Tischkarte gefunden. Den Beitritt zur freisinnigen Partei habe man abgelehnt und sei doch gar nicht eingeladen gewesen. Was das Heidelberger Programm betreffe, so ließen die Unterschriften bezweifeln, ob dies wirklich die Vertreter des süddeutschen Liberalismus gewesen seien.

Der Schluß der „glänzend verlaufenen" Versammlung verrieth denn auch die in den Zuhörern geweckte Begeisterung. Der Vorsitzende Dr. Jacob dankte den Rednern und brachte ein Hoch auf — Eugen Richter? nein, auf den deutschen Kaiser aus. — Wieviel Boden die „Freisinnigen" in der Rheinpfalz gewonnen haben, werden ja die Wahlen zeigen.

* Angesichts der geringen Wahrscheinlichkeit, daß es in der gegenwärtigen preußischen Landtagssession noch gelingen werde, die beiden Steuergesetze zu vereinbaren, wird von conservativer Seite der Vorschlag gemacht, die Reform der Einkommensteuer für jetzt aufzugeben und allein das Capitalrentensteuergesetz zu erledigen. Diesem in conservativen Abgeordnetenkreisen verbreiteten Wunsche giebt jetzt die „Kreuzztg" Ausdruck. Anderen dürfte gerade das erste Gesetz wichtiger und dringlicher erscheinen.

* Die rheinischen Ultramontanen laden auf den Ostermontag zu einer großen Katholikenversammlung nach Köln ein. Die Versammlung soll gegen die Verweigerung der Rückberufung des Erzbischofs Melchers und gegen die dermalige Kirchenpolitik protestiren. Die letztere wird in der Einladung folgendermaßen charakterisirt: „Nirgendwo ein großer, wirklich staatsmännischer Entschluß, überall die Politik der kleinen Mittel; mit wachsender Deutlichkeit zeigt sich das Bestreben, den Culturkampf versumpfen zu lassen; eine Politik, die durch geringfügige Erleichterungen jene Zwecke erreichen möchte, die der offene Culturkampf verfehlte." Man sieht, im ultramontanen Lager hält man es für zeitgemäß, wieder mehr aggressiv und agitatorisch vorzugehen.

* Wir brachten gestern eine Zuschrift aus Thüringen, in welcher gesagt wurde, daß die Nationalliberalen bei der nächsten Wahl ruhiger sein würden. Obgleich aus dem Sinne des Artikels hervorgeht, daß dieses „ruhiger" ein Druckfehler ist, wollen wir ihn doch an dieser Stelle berichtigen. Es muß natürlich heißen, daß sie „rühriger" sein werden.

* * *

* Mit Ignaz Kuranda, dessen Tod durch ein Telegramm gemeldet worden ist, hat die deutsch-liberale Partei in Oesterreich eines ihrer treuesten Mitglieder verloren, das Zeit seines Lebens mit Wort und Schrift thatkräftig den liberalen und deutschen Standpunct vertreten hat. Im Jahre 1811 zu Prag geboren, vertauschte er schon früh den ihm von seinem Vater empfohlenen Beruf eines Buchhändlers mit dem publicistischen, der seinem Drang zu ernsten Studien größere Befriedigung bot. Im Jahre 1841 gründete er in Brüssel die „Grenzboten", ein Blatt, das, entstanden in einer Zeit, in welcher in Belgien die vlämische Partei die größten Anstrengungen machte, germanisches Leben gegenüber dem übermächtigen Franzosenthum zu pflegen, den Beruf haben sollte, Belgien politisch und literarisch Deutschland näher zu bringen. Das Unternehmen sah sich in Folge des Unabhängigkeitssinnes Kuranda's, der zu einer Unterwerfung unter den Einfluß des damaligen preußischen Gesandten in Brüssel, Baron Heinrich Arnim, nicht zu bewegen war, so vielen Confiscationen ausgesetzt, daß Kuranda nach Leipzig übersiedelte, um von dort für das Deutschthum in Oesterreich mit feurigem Patriotismus thätig zu sein. Moriz Hartmann, Alfred Meißner, Uffo Horn, Josef Rank u. A. fanden zu jener Zeit in den „Grenzboten" eine Stelle, die ihren poetischen und literarischen Arbeiten allezeit offen war. Im Jahre 1848 zog sich Kuranda von der Leitung des Unternehmens, das seitdem seinen ursprünglichen Charakter bekanntlich vollständig geändert hat, zurück und begab sich nach den Märztagen wieder nach Oesterreich, wo er in den Fünfziger-Ausschuß nach Frankfurt und im Mai von der Stadt Teplitz in die National-Versammlung gewählt wurde. Bereits im September kraf er jedoch wieder in Wien ein und begründete dort die „Ostdeutsche Post", in welcher er bis 1866 mit Entschiedenheit, aber ohne die maßvolle Grenzlinie, die er sich gezogen, zu überschreiten, in groß-österreichischem, liberalem Sinne thätig war. Im Jahre 1861 wurde Kuranda von der inneren Stadt Wien in den niederösterreichischen Landtag und von diesem in den Reichsrath gewählt und konnte nun die Principien, die er bisher mit der Feder vertreten, auch in praktischer Mitarbeit verfechten. Kuranda's Hauptthätigkeit fällt in die Zeit vor 1866, doch sicherten ihm seine ausgebreiteten Beziehungen zu hervorragenden Persönlichkeiten auch unter dem Beust'schen Regime noch einen nicht unbedeutenden Einfluß. Erst in dem letzten Jahrzehnt seines Lebens hielt er sich von der Antheilnahme an dem öffentlichen Leben mehr zurück. Sein Tod reißt eine empfindliche Lücke in die Reihen der deutschen Partei in Oesterreich, die Kuranda's Verlust schmerzlich empfinden wird.

* Das russische stehende Heer zählte, wie der „Russische Invalide" nachweist, zu Anfang dieses Jahres 30,831 Generäle, Stabs- und Oberofficiere und 819,769 Unterofficiere und Gemeine, der Bestand an Generälen und Oberofficieren hat sich gegen das Vorjahr um 254 Köpfe vermindert, der der unteren Chargen dagegen etwa 7000 zugenommen. Die Ersparnisse und Einschränkungen, die im Etat gemacht werden sollten, sind mithin noch unwesentlich, gewiß aber werden, wenn die einmal geplante Verminderung in der Generalität durchgeführt wird, in Zukunft sehr beträchtliche Summen erspart werden. Die Zahl aller der überflüssigen und dabei besoldeten Generäle, die das russische Reich unterhält, ist auch zur Zeit noch wenigstens zwei oder drei Mal so groß, als die Zahl aller deutschen Generäle überhaupt. Das Kriegsministerium kann, wenn es menschlich handeln will, selbstverständlich diesen ungeheuren unnöthigen Troß von Generalen, Suite-Officieren, Adjutanten u. s. w. nicht plötzlich abschaffen, und so läßt man diese Stellen nach und nach eingehen. In der Flotte ist dieser Ballast an Excellenzen und auf dem Lande spazierenden See-Officieren verhältnißmäßig noch viel bedeutender als im Landheere.

* Es wird mit Bestimmtheit versichert, daß die spanische und die französische Regierung betreffs Andorras zu einer Verständigung gelangt seien. Sowohl die Parteigänger Frankreichs wie diejenigen des Bischofs von Seo de Urgel sollen entwaffnet werden. Zur Aufrechthaltung der Ordnung soll den nach der bisherigen Sitte gewählten Behörden des Ländchens blos eine kleine Polizeimacht verbleiben. Das Gerücht, daß zwischen Frankreich und Spanien ein Austausch in dem Sinne stattfinden würde, daß Spanien die volle Souverainetät über Andorra, Frankreich aber das Thal von Aran und die kleine Stadt Livia erhalte, wird für unbegründet erklärt. Das Thal von Aran und das Städtchen Livia sind spanisches Gebiet, liegen aber auf der Nordseite der Pyrenäen, so daß in schneereichen Wintern die Verbindung mit Spanien beinahe gänzlich unterbrochen ist.

* Der englische Gesandte am spanischen Hofe, Sir A. Morier, hat Madrid auf drei Wochen verlassen, wie man annimmt, aus Aerger über die Verschleppungspolitik der spanischen Regierung gegenüber dem englisch-spanischen Handelsvertrag, dessen Vorentwurf er mit dem Haupte des früheren liberalen Cabinets, Posada Herrera, vereinbart hatte. Das jetzige conservative Ministerium unter Canovas ist demselben nur mit großen Einschränkungen gewogen, und soll es dem englischen Gesandten sehr übel genommen haben, daß er zur Zeit des Cabinetswechsels im Londoner Mansion House eine Wühlerei veranstaltete, welche auf die Entschließungen Spaniens einen Druck ausüben sollte. Nach augenblicklicher Sachlage ist keine Aussicht vorhanden, daß die Entscheidung über den beregten Vertrag vor Beginn der Wintersession der Cortes fallen könnte.

* Ein Telegramm des „Reuter'schen Bureaus" aus Mexiko meldet die am 1. d. erfolgte Eröffnung des mexikanischen Congresses. Präsident Gonzales bezeichnet in seiner bei der Gelegenheit gehaltene Rede die Beziehungen Mexikos mit den auswärtigen Mächten als herzlich. Die Verschmelzung der Handelsbank mit der Nationalbank sei erfolgt, aber es sei noch nicht festgestellt, welche Schritte die Nationalbank zur Regelung der englischen Schuld ergreifen werde. Der Präsident fügte hinzu, daß Unterhandlungen mit England zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Gange seien.

Die Prager Universitätsverhältnisse.

* Seit der Errichtung der czechischen Universität in der Hauptstadt des uns benachbarten Böhmens wallen in den dortigen deutschen Kreisen die Klagen über allerlei Mißstände im Bereiche der deutschen Hochschule und die gegen diese von czechischer Seite unaufhörlich gesponnenen Ränke nicht verstummen. In dieser leidigen Beziehung bringt soeben die Münchener „Allgemeine Zeitung" einen von sachkundiger Hand stammenden Artikel, der auf die erwähnten Verhältnisse in der That die dunkelsten Schatten wirft. Da wird vor Allem die gegenwärtige Stimmung an der deutschen Prager Universität als eine neuerdings besonders gedrückte geschildert, weil man dort abermals die Einschmuggelung des Ultraquismus besorgt. Es sind erst zwei Jahre verstrichen, seit das österreichische Parlament ein Gesetz angenommen, durch welches der Bestand zweier sprachlich und räumlich vollständig von einander getrennter Universitäten in Prag, einer deutschen und czechischen, zur Thatsache wurde. Die deutschen Professoren haben die zum Theil sehr erhebliche Verminderung ihrer Einnahmen, eine Folge der Errichtung einer zweiten Universität, ruhig hingenommen, weil sie gehofft, daß diese Errichtung das nationale Gezänke in ihrer alma mater für immer beendigen werde. Das Parlament hat zur Durchführung dieses Gesetzes bedeutende Geldmittel bewilligt, mit dem ausdrücklichen Hinweise, daß diese Maßnahme nur dazu dienen sollte, zur Herstellung des nationalen Friedens in Böhmen mitzuwirken. Selbst der Unterrichtsminister rühmte sich noch kürzlich der Energie, mit welcher er für die Beseitigung des sprachlichen Ultraquismus an der Prager Universität eingetreten sei, weil der Fortbestand desselben spätestens binnen fünf Jahren die vollständige Czechisirung der Prager Universität durchgeführt hätte.

Nun tritt in neuester Zeit derselbe Unterrichtsminister an die Senate der beiden Universitäten mit der Absicht heran, die Theilung derselben fallen zu lassen und ihre Verbindung durch eine sprachlich utraquistische, beiden Universitäten gemeinsame Facultät, die theologische nämlich, herzustellen! Diesem neuen „Ausgleichsgedanken" zu Liebe soll nicht allein das vorher erwähnte, erst vor zwei Jahren geschaffene Gesetz vollständig rückgängig gemacht, sondern auch das im Jahre 1873 über die Organisation der akademischen Behörden beschlossene wesentlich verändert werden, wodurch im Hinblicke auf die theologische Facultät abermals unabsehbare Competenzstreitigkeiten und nationale Reibungen zwischen beiden Universitäten entstehen müßten. Höchst wahrscheinlich fällt dem Unterrichtsminister nicht die Autorschaft, sondern nur die zweifelhafte Empfehlung dieses neuen Gesetzvorschlages zur Last, der aus naheliegenden Gründen in den czechisch-nationalen ultramontanen Kreisen des Erzbischofs von Prag, Cardinal Fürst Schwarzenberg, entstanden sein mag. Haben doch die Ultramontanen in Oesterreich, zumal in Böhmen, trotz alledem noch immer einen ganz bedeutenden Einfluß, denn sonst könnte sich ein Unterrichtsminister unmöglich herbeilassen, mit jenem erwähnten Vorschlag vor die Oeffentlichkeit zu treten. Daß dem Prager Erzbischof die extrem nationale Richtung der czechischen Geistlichkeit, zumal ihres Nachwuchses, nunmehr bedenklich wird, scheint leicht begreiflich, und aus diesem Bedenken dürfte auch die Absicht hervorgehen, durch eine Verbindung jener Elemente mit den mehr besonnenen deutschen Theologen, den Bestrebungen der czechisch-nationalen Geistlichkeit bezüglich der Gründung einer czechischen Nationalkirche entgegenzuwirken, eine Tendenz, die schon seit längerer Zeit immer greifbarer hervortritt. Der Erzbischof von Prag ist indeß nur selbst Schuld, daß ein solcher Grad von nationalem Fanatismus die czechische Geistlichkeit erfaßt hat. Fürst Schwarzenberg hat sich gleich anfänglich ganz und gar der feudal-czechischen Partei angeschlossen, welche in Böhmen als der mächtigste Förderer der nationalen Bewegung aufgetreten ist. Im Vereine mit dieser Partei verhielt sich auch der Erzbischof viele Jahre hindurch gegen die damalige deutsch gesinnte Regierung Oesterreichs politisch grollend und abweisend. Erst als die Czechen im böhmischen Landtage wieder die Mehrheit erlangt hatten, betheiligte sich Fürst Schwarzenberg an den Verhandlungen desselben und bemerkte in seiner ersten Rede, er freue sich überaus, daß „dieser" Landtag endlich zu Stande gekommen sei. Wenn nun das Oberhaupt der katholischen Kirche in Böhmen in so ausgesprochener Weise nationale Politik treibt, so kann es sich kaum wegen der Nachahmung des von oben gegebenen Beispiels in den Kreisen der niederen Geistlichkeit beklagen. Die Vorsteher des unter der Oberleitung des Erzbischofs stehenden Priesterseminars in Prag haben den nationalen Fanatismus unter den czechischen Alumnen in einer Weise groß gezogen, daß sie dem deutschen Rector erklärten, sie hätten mit ihm nichts zu thun, falls er mit ihnen nicht czechisch spreche und in dieser Sprache schriftlich verkehre. Ebenso haben sich die Alumnen stürmisch geweigert, deutsche Tischgebete zu verrichten, ja sie verbanden sich hinter dem Rücken des Erzbischofs zu einer Petition an die czechischen Reichsrathsabgeordneten, welche die Errichtung einer czechisch-theologischen Facultät forderte.

Der Erzbischof ward seiner Zeit nicht müde, die Gefahren in den schwärzesten Farben zu schildern, welche angeblich der katholischen Kirche Böhmens seitens der „ungläubigen" deutschen Liberalen und der mit diesen „verbündeten Juden" drohen, ein falscher Alarmruf, der im gesammten czechischen Lager mit fanatischem Kriegsgeschrei gegen die Deutschen aufgenommen wurde. Diese hochklerikale czechische Agitation trägt auch die Schuld, daß ein großer Theil des böhmischen Adels deutscher Abstammung von seiner Nation gänzlich abgefallen und zum Czechenthume übergetreten ist, welches dadurch politisch und materiell ganz wesentlich verstärkt wurde. Ebenso verhält es sich mit den hohen kirchlichen Würdenträgern Böhmens, die gegenwärtig fast alle der czechisch-nationalen Richtung angehören und als mächtige Förderer derselben unermüdlich thätig sind. In den Priesterseminarien befinden sich gegenwärtig unter 532 Candidaten 432 Czechen und nur 100 Deutsche, ja an der Prager theologischen Facultät, wo in den fünfziger Jahren die Zahl der deutschen Hörer mit jener der czechischen nahezu gleich war, befinden sich heute unter 249 Studirenden nur noch 48, die sich zur deutschen Nationalität bekennen. Und dieser so rasche Rückgang des deutschen Elements scheint noch lange nicht abgeschlossen! Zudem häufen sich, namentlich an der Sprachgrenze, die Conflicte der czechischen Priester mit der deutschen Bevölkerung, während in der czechischen die Agitation zur Wiederherstellung des „glorreich-nationalen" Hussitenthums immer weitere Kreise zieht. Das Hauptpreßorgan dieser stets nachdrücklicher hervortretenden Bestrebungen ist das in großem Stile in Prag erscheinende jungczechische Blatt „Narodni Listy", zu deutsch: Nationale Blätter.

Nun scheint Cardinal Schwarzenberg wohl einigermaßen zu ahnen, woher eigentlich der katholischen Kirche Böhmens wirkliche Gefahren drohen. Statt aber den Ursprung des Uebels zu ergründen und sich von dem Bündnisse mit dem Czechenthume loszusagen, befürwortet der Prager Erzbischof abermals Maßnahmen, welche die ohnedies so bedenklichen Fortschritte der czechischen Bewegung nur weiter zu steigern vermögen. Er will von der Errichtung deutscher Priesterseminarien und einer ausschließlich deutsch-theologischen Facultät an der Prager Universität durchaus nichts wissen, sondern besteht vielmehr auf der Zusammenwürfelung der deutschen mit czechischen Theologen, wodurch im Hinblicke auf die früher angeführten Zahlenverhältnisse der Candidaten beider Nationalitäten die vollständige Czechisirung der Prager theologischen Facultät in kürzester Zeit herbeigeführt werden müßte.

Das sind jedenfalls sehr schwer wiegende Bedenken, weshalb diese auch der deutsch-böhmische Abgeordnete Sturm auf das Programm der parlamentarischen Berathungen gesetzt hat. Es wäre gewiß empfehlenswerth, diese Bedenken mit dem nöthigen Ernste zu behandeln, zumal auch seitens des Cultus- und Unterrichtsministers, der sich vor einigen Tagen mit sichtlich ausweichenden Bemerkungen hinwegzubelfen versuchte, in denen er die Schwierigkeit der ganzen Angelegenheit und das Recht des Erzbischofes hervorhob, den Lehrern der Theologie die missio canonica zu verweigern, ein Recht, das der Erzbischof doch nur auf Grund religiöser Bedenken gegen die einzelnen in Vorschlag gebrachten Lehrer geltend machen kann. Gegenwärtig fragt es sich aber vor Allem, ob der Cultus- und Unterrichtsminister, wenn er schon wirklich glauben sollte, die Wiedereinführung des sprachlichen Utraquismus an der Prager Universität als Unterrichtsminister verantworten zu können, auch der Meinung ist, als Cultusminister für die Folgen der vollständigen Czechisirung des katholischen Klerus in Böhmen eintreten zu dürfen? Die Beantwortung dieser Frage muß sich der Minister wohl überlegen, denn in Oesterreich stolzirt der Slawismus ohnedies schon mit Siebenmeilenstiefeln einher.

Selbsterziehung.

Wir Deutschen sind stolz auf unser Schulwesen und auf die dadurch verbreitete allgemeine Bildung; es kann aber nicht oft genug betont werden, daß Erziehung doch noch höher steht als Schulbildung und daß Können und Handeln weit wichtiger ist als Wissen. Unser Wissen wird immer Stückwerk bleiben, aber im Können und Handeln muß Jeder suchen, ein ganzer Mensch zu werden, und zur richtigen Bethätigung unserer Kräfte muß uns die Schule und das Leben in erster Linie erziehen. Mit Recht wird daher in neuerer Zeit beim Suchen nach Mitteln zur Beseitigung der geistigen Ueberbürdung der Jugend häufig auf die englische Erziehung hingewiesen, welche vor Allem darauf bedacht ist, der Jugend die körperliche Kraft und geistige Frische zu erhalten und den Zögling zu nützlichem und sittlich gutem Handeln hinzuführen. Die Schule hat besonders auch im sittlich-religiösen (Gesinnungs-) Unterricht dieses Ziel nie außer Acht zu lassen und sie hat sich deshalb eben so zu hüten vor der ertödtenden Scholastieismus und Dogmatismus wie vor der Ueberladung mit blos Gedächtnißmäßigem (Verbalismus), wodurch todtes Wissen, Pedanterie, Dünkel, Autoritätsglaube, Unduldsamkeit und Liebloßigkeit erzeugt, aber nicht zu klarem Denken und sittlichem Wollen und Handeln hingeführt wird. Das, was die besten Pädagogen Englands seit Locke's Zeit anstrebten, wird am schönsten durch das Wort des feingebildeten Professors John Stuart Blackie ausgedrückt, der in seinem unter dem Titel Self Culture (deutsch: Blackie-Kirchner, Selbsterziehung) u. A. Folgendes schreibt: „Das Erste, worauf man achten muß, ist die deutliche und feste Ueberzeugung, daß nur Eins dem menschlichen Leben Bedeutung und Würde zu geben vermag, nämlich Sittlichkeit, und daß diese nur durch sittliches Handeln erreicht wird. Eins ist noth! Geld ist nicht nöthig; Macht ist nicht nöthig; Klugheit ist nicht nöthig; Ruhm ist nicht nöthig; Freiheit ist nicht nöthig; selbst Gesundheit ist nicht das eine, was noth thut! Charakter allein und ein durchgebildeter Wille ist das, was uns wahrhaft erlösen kann, und werden wir in diesem Sinne nicht erlöst, so müssen wir sicherlich verdammt werden. Laßt uns daher die Leuden gürten und uns als Männer zeigen, und da wir durch Gottes Gaben das herrliche Schicksal haben, dereinst für Alle zu leben, laßt uns danach trachten, vortrefflich zu leben."

Literatur.

Aus dem Waldleben. Bilder aus dem Leben im Forsthause von Ottilie Ludwig. Erster Theil. Otto Hendel, Halle a/S. — Die Verfasserin entrollt hier in Form einer ansprechenden Erzählung vor unsern Augen stets willkommene Bilder aus dem Leben im Wald. Das grün umlaubte Forsthaus, die Lehrzeit eines Jägers, das Ausgraben eines Dachses, ein erster geschossener Hase, eine Hirschjagd, eine Patrouille auf Holzdiebe, ein ernstes Rencontre mit Wilddieben, ja auch eine Hochzeit im Walde — alles Dies und noch so mancherlei Anderes wird hier in anschaulicher Weise geschildert. Die Verfasserin, Tochter des Oberforst- und Wildmeisters von Pfingk, und, nachdem die Mutter sich zum zweiten Male vermählte, Stieftochter des Oberförsters Perl, verheirathete sich dann selbst mit dem Hegemeister Ludwig und hatte somit eigentlich ihr ganzes Dasein im Walde zugebracht und das Leben in denselben mit seinen Licht- und Schattenseiten, Freuden und Gefahren aus unmittelbarer Erfahrung kennen gelernt. Hierdurch gewinnt vorliegendes Buch selbstverständlich einen ganz besonderen Reiz, dem auch die etwas ungelenke Schreibweise der Verfasserin weiter keinen Abbruch thut. Wo das Naturleben in so verständlichen Tönen uns geschildert wird, übersehen wir gern einige Mängel in der Composition und im Stile. Nur Eines hätte die Verfasserin vermeiden sollen und bei einiger Selbstkritik auch leicht vermeiden können, nämlich daß sie in der ersten Hälfte ihres Buches den jugendlichen Helden desselben selbst erzählen läßt und dann plötzlich, völlig unmotivirt, von ihm in der dritten Person spricht.

M—e.

* * *

Laienpredigten. Lose Blätter der Lebensweisheit. Verlag von Otto Hendel, Halle a/S. Die Thorheit scheint aus unserer Welt verbannt. Alles triefft von Weisheit. O, wir Glücklichen des neunzehnten Jahrhunderts! Es ist kaum glaublich, welche Mühe man sich allerorten giebt, uns weise, klug und gut zu machen. Die meisten derartigen Erscheinungen unserer modernen Literatur wenden sich allerdings an das schönere Geschlecht (bis jetzt ist mir's noch nicht recht klar geworden, hält man dasselbe in diesem Falle für besonders empfänglich oder für besonders bedürftig?), aber der ungenannte Verfasser der Laienpredigten hat die Ungerechtigkeit solchen Verfahrens glücklicher Weise noch zu rechter Zeit eingesehen und wendet sich an Alle, ohne Ansehen des Geschlechtes, mit „seinen Randglossen" zu dem Text der Schicksale und Erfahrungen, die Jeder für sich zu lesen hat, der Eine in der Werkstätte, der Andere in der Schreibstube, die Eine in der Küche, die Andere im Salon. Was nun die Eine in der Küche betrifft, so möchten wir derselben doch rathen, lieber auf das Essen zu lehen und mit dem Studium der Laienpredigten bis nach Tisch zu warten. Im Uebrigen aber wollen wir dem Verfasser und uns wünschen, daß seine Lebensweisheit in recht viele Herzen Eingang finden möge, denn der Weisheit Lob und Ehr' findet nimmermehr!

M—e.

Schulbücher, neu und gebraucht, in soliden Einbänden,
Gesangbücher in reichster Auswahl
bei
Carl Fr. Fleischer,
Universitätsstraße 20 (Paulinum).

Neue Gesangbücher,
Confirmations- und Ostergratulationskarten,
Altdeutsche Briefpapiere
mit Sprüchen, Monogrammen, Figuren, Blumen
bei **Fr. Otto Praeger,** Kurprinzstr. 7.